



Prekärer Fleck: An der Kreuzung Landwehr- und Goethestraße im südlichen Bahnhofsviertel warten morgens viele türkischstämmige Bulgaren auf Angebote – sie sind Tagelöhner.

Foto: Robert Haas

## Eingewandert, ausgegrenzt

Eine Gruppe von 300 Bulgaren fristet in München ein Leben als Tagelöhner

Von Michael Tibudd

**München** – Die Tage von Ahmed Maksud beginnen mit einem Stück Hoffnung: Der Hoffnung, dass doch vielleicht heute jemand vorbeikommt an der Kreuzung nahe des Münchner Hauptbahnhofs, an der er sich wartend postieren wird – und einen Auftrag für ihn hat, Arbeit, irgendwas. An der Ecke Goethestraße/Landwehrstraße wird der 53-Jährige warten, wie ein paar Handvoll andere auch, und dann womöglich den Tag auf einer Baustelle verbringen. Idealerweise hat er dann am Abend 30 bis 40 Euro verdient – einen Tageslohn, den er im besten Fall auch tatsächlich bekommt.

Ein neuer Typ Einwanderer:  
Legal im Land, und  
niemand fühlt sich zuständig.

Ahmed Maksud ist einer von etwa 300 Menschen aus Bulgarien, die in München nach Einschätzung der Gewerkschaft Verdi ein Dasein als Tagelöhner fristen. Vor allem aber ist er Vertreter eines neuen Typs Einwanderer, der legal nach Deutschland kommt, dem die Umstände das Leben schwer machen – und für die sich keine Behörde zuständig fühlt.

Die Dienstleistungsgewerkschaft macht nun auf ihre prekäre Lage aufmerksam. „Viele haben keine Wohnung, leben unter erbärmlichen Umständen und ohne jegliche Sicherheit“, schildert Verdi-Sekretärin Dagmar Rüdénburg. „Die Menschen werden von verschiedenen Stellen her ausgegrenzt“, sagt Rüdénburg. „Dabei kommen sie hier her in der Hoffnung auf ein besseres Leben – und das ist legitim.“

Was vielleicht nach dem idealistischen Engagement für eine sehr kleine Gruppe klingt, gewinnt an Bedeutung mit Blick auf die rechtliche Lage: Bulgarien ist seit

2007 Mitgliedsland der Europäischen Union, bulgarische Staatsbürger dürfen sich deswegen frei bewegen innerhalb des Staatenbundes. Mit einigen Einschränkungen dürfen sie auch legal arbeiten. Als Selbständige mit Gewerbeschein können sie an Auftraggeber Rechnungen schreiben. Sie dürfen auch fest angestellt arbeiten – dazu benötigen sie allerdings eine EU-Arbeitserlaubnis, die die Arbeitsagentur ausstellt – wenn sich für einen bestimmten Job kein Deutscher findet. Diese Einschränkungen sind Teil einer Übergangsregelung, die Lohndumping verhindern soll.

„Erreicht wird damit aber das Gegenteil“, sagt Rüdénburg. „Es gibt jetzt einen Tagelöhnermarkt in München, der vielerlei Betrug ermöglicht.“ Zum Beispiel, indem Auftraggeber Rechnungen nicht bezahlen. Womöglich auch in Form von Schwarzarbeit, die die Bulgaren annehmen – wobei die Gewerkschaft Verdi beteuert, dass Schwarzarbeit die Ausnahme sei. „Wenn sie das machen, haben sie noch schlechtere Chancen, Geld für ihre Arbeit zu bekommen“, sagt Rüdénburg.

Wer sind diese Bulgaren, und warum nimmt sich Verdi nun ihrer Situation an? Die 300 Menschen sind genau genommen Angehörige der türkischen Minderheit in Bulgarien und als solche, das geben mehrere von ihnen bei einer von Verdi organisierten Informationsveranstaltung via Übersetzer zu verstehen, dort Bürger zweiter Klasse. „Die Bulgaren wollen uns nicht“, sagt Ahmed Maksud und berichtet von Diskriminierung. Mit dem Beitritt Bulgariens sei ihnen dort von der Regierung propagiert worden, der Weg nach Westen sei offen. Nicht wenige machten sich also in westeuropäische Länder auf, Ahmed Maksud schon 2007, nach München kam er vor vier Monaten.

Und nun also das Problem, dass sich niemand zuständig fühlt. „Wir leben hier teilweise unter entsetzlichen Bedingungen“, heißt es in einer Resolution, die Ver-

di im Namen der Betroffenen formuliert hat. „Oft ohne Wohnung, Essen, Wasser und medizinische Versorgung.“ Die Gewerkschaft will diese Resolution an das Münchner Wohnungsamt weiterleiten und so erreichen, dass die Bulgaren wenigstens in Notunterkünften Unterschlupf finden können.

Das Engagement von Verdi rührt aus der seit März aktiven Beratungsstelle für Menschen ohne Papiere. Papierlos sind die betroffenen Bulgaren freilich gerade nicht. Die Initiative für Zivilcourage, die bereits vorher auf die prekäre Situation aufmerksam geworden war, vermittelte einige der Betroffenen dennoch zu der Beratungsstelle.

Um die Lage schnell zu lindern, fordert Verdi nun ein Ende der Übergangsregelung, auf dass die Bulgaren leichter arbeiten können – was sie, so beteuern mehrere von ihnen via Übersetzer, nicht nur wollen, sondern auch müssen. „Um zu überleben und unsere Familien zu ernähren sind wir gezwungen, alle möglichen schlecht bezahlten und unsicheren Jobs anzunehmen“, heißt es in der Resolution. Das, so hoffen sie, könne sich mit einem verbesserten Status ändern.

„Man muss damit rechnen,  
dass Leute ein  
besseres Leben wollen.“

Verdi-Mitarbeiter und Linken-Stadtrat Orhan Akman unterstützt die Forderungen ebenso und formuliert auf seine Weise, warum eine Verpflichtung öffentlicher Stellen bestehe, sich um die Angelegenheit zu kümmern. „Die EU hat sich darauf eingelassen, ihr Gebiet zu erweitern, mit allen wirtschaftlichen Chancen, die das bietet“, sagt Akman. „Dann muss man aber auch damit rechnen, dass Leute ihre Koffer packen und sagen, wir wollen ein besseres Leben.“